

Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

Zum nationalen Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus lud Landtagspräsidentin Birgit Diezel am 27. Januar 2010 gemeinsam mit Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht in die Gedenkstätte Buchenwald ein, um mit den Abgeord-

nete der menschenverachtenden Ideologie des nationalsozialistischen Regimes zum Opfer gefallen sind. An der Gedenkstunde nahmen auch ehemalige Häftlinge der Konzentrationslager Buchenwald und Mittelbau/Dora teil.

im niederländischen Kampen, wurde er 1943 als Zwangsarbeiter wegen unerlaubten Verlassens seines Arbeitsplatzes verhaftet und im KZ Buchenwald inhaftiert. Von Januar 1944 bis April 1945 war er Häftling im KZ Mittelbau-Dora und im Außenlager Nüxei.

Im Anschluss an die Gedenkstunde fand die traditionelle Kranzniederlegung statt. In ihrer Ansprache sagte Landtagspräsidentin Diezel, der Gedenktag sei „Ausdruck unserer tiefen Überzeugung von der untügelbaren Verantwortung der Deutschen für die Geschichte. Wir Nachgeborene sind frei von eigener Schuld. Dennoch tragen wir schwer am Wissen, dass Millionen Menschen in der Zeit des Nationalsozialismus entwürdigt, entrechtet, enteignet, vertrieben,

gefoltert und ermordet wurden. Die Opfer der Nationalsozialisten, die wegen ihrer Nationalität, Religion oder politischen Einstellung verfolgt wurden, bleiben unvergessen: die Juden, Sinti und Roma, die politisch Andersdenkenden, die Intellektuellen, die Menschen mit Behinderungen, die Männer und Frauen der Kirchen, die Homosexuellen und Kriegsgefangenen.“

Die Reden sowie Fotos der Gedenkstunde finden Sie im Internet unter: www.thueringer-landtag.de.



Landtagspräsidentin Birgit Diezel, der ehemalige Häftling Albert van Dijk und Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht auf dem Weg zur Kranzniederlegung in Buchenwald

neten des Landtags und Vertretern des öffentlichen Lebens an all jene Menschen zu erinnern,

Die Gedenkrede hielt in diesem Jahr der ehemalige Häftling Albert van Dijk. Geboren 1924



Aus dem Plenum

Im ersten Plenum des neuen Jahres 2010 brachten sowohl die Fraktionen als auch die Landesregierung eine ganze Reihe von Gesetzentwürfen ein. Das Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindertageseinrichtungsgesetzes, das als Entwurf der CDU- und der SPD-Fraktion in der Plenarsitzung am 28. Januar zum ersten Mal beraten wurde, soll die Situation der Kindertagesstätten in Thürin-

gen weiter verbessern, indem u. a. der Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung ab dem vollendeten ersten Lebensjahr gewährleistet, der Betreuungspersonals verbessert, Elternmitwirkung gestärkt und integrative Einrichtungen gefördert werden.

Ebenfalls erstmals beraten wurde das Zweite Gesetz zur Änderung des Thüringer Kom-

munalwahlgesetzes, dessen Entwurf die Landesregierung vorlegte. Mit dem Änderungsgesetz sollen bei Bürgermeister- und Landratswahlen die 2008 abgeschafften Stichwahlen wieder eingeführt werden. Begründet wurde der Gesetzentwurf damit, dass es aufgrund der starken rechtlichen Stellung der Bürgermeister und Landräte geboten erscheine, sie mit der absoluten

Mehrheit der gültigen Stimmen, gegebenenfalls nach Durchführung eines Stichwahlgangs, zu wählen.

In seiner dreitägigen Sitzung Ende Januar beschloss der Landtag außerdem die Abschaffung des Verwaltungskostenbeitrags an Hochschulen und diskutierte Entwürfe zur Änderung des Nichtraucherschutzgesetzes und des Ladenöffnungsgesetzes. Die kom-

Fortsetzung Seite 2

+++++ Eine siebenköpfige Delegation aus der chinesischen Provinz Hubei besuchte am 12. Januar 2010 den Thüringer Landtag, um sich über das Petitionswesen im Freistaat zu informieren. Landtagsdirektorin Dr. Birgit Eberbach-Born erläuterte den chinesischen Gästen die gesetzlichen Grundlagen und die Praxis der Bearbeitung der jährlich rund 1.500 Petitionen durch den zuständigen Ausschuss. +++++ Der Ausschuss für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz war vom 14. bis 17. Januar 2010 zu Gast auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin. Die Ausschussmitglieder nahmen zunächst an der Eröffnungsveranstaltung teil, um dann die zahlreichen Informationsangebote zu nutzen und Gespräche mit Vertretern von Unternehmen und Verbänden zu führen. +++++ Während der Plenarsitzung am 28. Januar 2010 informierte UNICEF, die Kinderhilfsorganisation der Vereinten Nationen, im Foyer des Landtagsgebäudes über ihre Hilfsmaßnahmen in Haiti und bat um Spenden für die von der Erdbebenkatastrophe betroffenen Kinder und Jugendlichen. +++++

Aus dem Plenum und den Ausschüssen

pletten Gesetzentwürfe, alle in die Tagesordnung aufgenommenen Anträge, die ausführlichen Debatten sowie die Aktuelle Stunde sind in der Parlamentsdokumentation im Internet einsehbar.

Die Parlamentarier beschäftigten sich im zurückliegenden Plenum ebenfalls mit der Situation von Opel Eisenach. Fraktionsübergreifend bestand Einigkeit darüber, sich der Arbeitsplatzsicherung der Beschäftigten sowie der Sicherung

der Zulieferindustrie in Thüringen gemeinsam anzunehmen.

Auf der Tagesordnung standen weiterhin die Wahlen zu verschiedenen Gremien. Mit jeweils 73 Ja-Stimmen, also mit der notwendigen Zweidrittel-Mehrheit, wurden Dr. Sebastian Dette (CDU, 2.v.r.) zum



Foto: Antje Kaunzner

neuen Präsidenten des Thüringer Rechnungshofs und Michael Gerstenberger (DIE LINKE, 2.v.l.) zum Vizepräsidenten gewählt. Die ehemalige Abgeordnete Evelin Groß (CDU) wurde als Stellvertreterin eines Mitglieds des Verfassungsgeschichtshofs nachgewählt.

Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit

In seiner Sitzung vom 19. Januar 2010 befasste sich der Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit u. a. mit der geplanten 380-kV-Hochspannungsleitung durch den Thüringer Wald. Der Ausschuss lehnte es ab, die Landesregierung zur Einleitung eines Normenkontrollverfahrens gegen das Gesetz zum Ausbau von Energieleitungen (EnLAG) aufzufordern. Ebenso sprach sich der Ausschuss gegen eine besondere Aufforderung an die Planfeststellungsbehörde, das Thüringer Landesverwaltungsamt, aus, zusätzlich

zum Erörterungstermin eine weitere öffentliche Anhörung durchzuführen. Der Ausschussvorsitzende Gerold Wucherpfennig (CDU) betonte, dass das Landesverwaltungsamt zuständigkeithalber selbst über diese Frage entscheiden werde. Gleichwohl hielt es der Wirtschaftsausschuss für angemessen, unabhängig von diesem vorgeschriebenen behördlichen Verfahren eine zusätzliche Anhörung in eigener Regie durchzuführen. Hierüber soll in der nächsten Sitzung beraten werden.

Petitionsausschuss

Mit einer Sammelpetition begeherten rund 5.000 Bürger die Abschaffung der Studiengebühren in Thüringen. Damit wandten sie sich gegen alle an den Hochschulen in Thüringen erhobenen Prüfungs- und Bewerbungsgebühren, Gebühren für Auswahl- und Aufnahmetests und Studiengebühren in jeder Form einschließlich des Verwaltungskostenbeitrags. Ausgenommen wurden die Beiträge für das Studentenwerk sowie die Semestertickets. Insgesamt forderten die Petenten die Rücknahme des Thüringer Hochschulgebühren- und -entgeltgesetzes sowie die Auf-

nahme der Gebührenfreiheit in die Thüringer Landesverfassung. Der Ausschussvorsitzende Fritz Schröter (CDU) wies darauf hin, dass der Petitionsausschuss bei seiner ersten Beratung den sich gegenwärtig im Gesetzgebungsverfahren befindlichen Gesetzesentwurf der Landesregierung zur Abschaffung des Verwaltungskostenbeitrags berücksichtigt habe. In der Plenarsitzung vom 29. Januar 2010 wurde das Änderungsgesetz vom Thüringer Landtag verabschiedet. Der Verwaltungskostenbeitrag an Thüringer Hochschulen wurde abgeschafft.

Ausstellungen

Pressefotos und Thüringer Kunststipendiaten im Landtag

Der Fotowettbewerb „Presse-Foto Hessen-Thüringen“ wurde 2009 bereits zum dritten Mal durch die Deutschen Journalistenverbände (DJV) Hessen und Thüringen ausgelobt. Anliegen des Wettbewerbs ist es, die Arbeit hauptberuflicher Fotojournalisten der Öffentlichkeit nahe zu bringen und zugleich aktuelle Geschehnisse in Hessen und Thüringen zu dokumentieren. Gleichzeitig wurde mit dem Sonderthema „20 Jahre wiedervereinigt“ an die Überwindung der vierzigjährigen Trennung der beiden Nachbarländer erinnert.

Am 13. Januar 2010 eröffnete Landtagspräsidentin Birgit Diezel, die Schirmherrin des Wettbewerbs war, gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Landesverbandes Thüringen des DJV, Wolfgang Marr, die Fotoschau der besten Pressefotos 2009

im Thüringer Landtag. Die 55 prämierten Fotos werden als Wanderausstellung in Hessen, Thüringen, Brüssel und Berlin gezeigt. Im Thüringer Landtag sind sie bis zum 26. Februar 2010, Montag bis Freitag von 8.00 bis 18.00 Uhr zu sehen. Der Eintritt ist frei.

Auch in der neuen Wahlperiode wird der Landtag der Thüringer Kunst wieder ein Forum bieten. So ist zu Jahresbeginn zum wiederholten Male eine Ausstellung der Thüringer Kunststipendiaten zu sehen. Landtagspräsidentin Birgit Diezel eröffnete die Werkschau der vier Künstlerinnen Helmi Kynast, Friederike Lorenz, Peggy Schneider und Karien Vervoort am 28. Januar 2010 gemeinsam mit dem Staatssekretär im Kultusministerium, Prof. Dr. Roland Merten, sowie Dr. Michael Völ-

ter, Vorstandsmitglied der SV Sparkassenversicherung. Die Stipendien für Bildende Kunst in Thüringen werden alljährlich vom Kultusministerium vergeben und unter Beteiligung der Kulturförderung ArtRegio der Sparkassenversicherung finanziert.



In ihrer Eröffnungsrede betonte Birgit Diezel, dass Thüringen den Anspruch erhebe, „natio-

nal und auch international als Stätte der modernen Kunst wahrgenommen zu werden. Wir sehen in der ‚Stip.Visite‘ ein fruchtbares Nebeneinander von Malerei, Installationen und Skulpturen, Fotografie sowie Textil- und Papierkunst. Das Resultat ist ein Parcours voller Eigensinn und wunderbarer Aha-Erlebnisse. Kunst und Gedankenfreiheit bedingen einander. Wo sollte uns dies deutlicher vor Augen treten als hier im Parlament, das eben jene Gedankenfreiheit garantiert.“

Die Ausstellung ist bis zum 12. März 2010 zu sehen. Der Eintritt ist frei.

CDU-Fraktion hat generationengerechte Haushaltspolitik im Blick

Wirtschaftsexperte und aktuelle Umfrage geben Rückenwind

Die CDU-Landtagsfraktion hat eine generationengerechte und nachhaltige Haushaltspolitik fest im Blick. Trotz der Finanz- und Wirtschaftskrise und zurückgehenden Steuereinnahmen bleibt das Ziel der CDU, bereits in dieser Legislaturperiode erneut Landeshaushalte ohne neue Schulden aufzustellen. Das erklärte der CDU-Fraktionsvorsitzende Mike Mohring im Zusammenhang mit der Haushaltsaufstellung 2010. Der Haushalt verdiente nicht das Prädikat „Gut“, wenn er mit der angesetzten Neuverschuldung in Höhe von 880 Millionen Euro verabschiedet würde. „Die kann sich der Freistaat schlichtweg nicht leisten“, so Mohring. Die Einnahmen gingen auch im nächsten Jahr zurück und seien nicht durch eine Neuverschuldung zu kompensieren.

Auch auf ihrer Winterklausur in Kloster Volkenroda setzte die CDU-Fraktion eine nachhaltige Haushaltspolitik auf

ihre Tagesordnung und fixierte dies in einem verabschiedeten Acht-Punkte-Strategiepapier. Rückenwind bekam die Fraktion dabei von Prof. Dr. Nor-



bert Walter (ehemaliger Chefökonom der Deutschen Bank, im Bild l.), der über das wirtschaftsklimatische Umfeld referierte. Zuspruch für ihre Haushaltspolitik erhält die CDU-Fraktion auch durch eine aktuelle Internet-Umfrage. Auf der Homepage der CDU-Landtagsfraktion haben sich 83,6 Prozent der Teilnehmer dafür ausgesprochen, dass Thüringen auch 2010 keine neuen Schulden aufnehmen sollte.

„Dennoch müssen wir 2010 neue Schulden machen, weil Steuerausfälle und gesetzliche Mehraufwendungen nicht von heute auf morgen ausgeglichen werden können. Wir nehmen uns jedoch vor, die Neuverschuldung 2010 so gering wie nur möglich zu halten“, sagte die haushalts- und finanzpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Annette Lehmann. Alle Leistungen des Staates müssten zukünftig auf den Prüfstand, um das Ausgabevolumen an die Einnahmentwicklungen anzupassen. Ab 2011 gelten dann die Regeln der Schuldenbremse, die in der Landeshaushaltsordnung festgelegt sind. Das heißt, neue Schulden dürfen nur aufgenommen werden, wenn das Einnahmenvolumen unter dem Durchschnitt der letzten drei Jahre liegt und ein verbindlicher Tilgungsplan für diese Schulden vorgelegt wird.

Neuer Präsident am Landesrechnungshof

Der Thüringer Landtag wählte den von der CDU favorisierten Richter am Bundesverwaltungsgericht, Dr. Sebastian Dette (im Bild rechts), zum neuen Präsidenten des Landesrechnungshofes und den ehemaligen Landtagsabgeordneten der Linken, Michael Gerstenberger, zu dessen Stellvertreter. Beide bekamen bei der geheimen Wahl im Landtag mit 73-Ja-Stimmen eine deutliche Zweidrittel-Mehrheit. Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag, Mike Mohring (im Bild links): „Dr. Sebastian Dette ist ein profunder Kenner der Verwaltung und hat sich einen großen Erfahrungsschatz als Richter am Bundesverwaltungsgericht in Leipzig erworben. Er ist der richtige Mann an der Spitze des Thüringer Landesrechnungshofes.“



Dieter Althaus hat Thüringen geprägt

Die CDU-Fraktion hat Dieter Althaus zu seiner neuen Aufgabe bei der Magna International Europe AG gratuliert und ihm viel Erfolg für die neue Herausforderung gewünscht. Seit 1. Februar ist Althaus als Vizepräsident für Magna tätig. Sein Landtagsmandat will er Ende April niederlegen. Die Mandatsannahme vorausgesetzt, wird der frühere Innenminister Manfred Scherer in den Landtag nachrücken. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Mike Mohring: „Dieter Althaus hat Thüringen seit 1990 entscheidend mit geprägt. Wir haben ihm viel zu verdanken.“



Neue und bundesweit einmalige Maßstäbe in frühkindlicher Bildung

Novellierung des Kita-Gesetzes - Erste Lesung im Thüringer Landtag

„Mit der Novelle des Kindertageseinrichtungsgesetzes werden neue und bundesweit einmalige Maßstäbe in der frühkindlichen Bildung gesetzt.“ Das erklärte der CDU-Abgeordnete Jörg Kellner in der Plenardebatte zum gemeinsamen Gesetzesentwurf von CDU und SPD zur Änderung des Kita-Gesetzes. Der Entwurf wurde in erster Lesung im Landtag beraten.

Der vorliegende Gesetzesentwurf sei ein umfangreiches Maßnahmenpaket, mit dem nicht nur die wesentlichen Forderungen des Volksbegehrens für eine bessere Familienpolitik umgesetzt werden, sondern auch viele Forderungen aus dem Gutachten von Prof. Opielka, so Kellner weiter. Künftig sollen Kin-

der bereits ab dem vollendeten ersten Lebensjahr einen Anspruch auf einen Kita-Platz ha-



ben. Vorgesehen ist ferner, die Betreuungsschlüssel in den Kitas deutlich zu verbessern und das Landeserziehungsgeld unmittelbar im Anschluss an das Bundeselterngeld für zwölf Monate zu zahlen. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Mike Mohring wies am Rande

des Plenums darauf hin, dass mit der Einbringung des Gesetzesentwurfs bereits ein zentrales Versprechen aus dem Koalitionsvertrag eingelöst werde. „Mit dem Gesetz sorgen wir in einem vertretbaren finanziellen Rahmen für bessere Betreuung in den Kitas, und durch die flexible Erziehungsgeldregelung stärkt die Koalition die Wahlmöglichkeiten der Eltern“, so Mohring.

**Die CDU-Fraktion
im Thüringer Landtag**
Geschäftsstelle
Tel.: 0361 37 72201
Fax: 0361 37 72414
www.cdu-landtag.de

Einen Schutzschirm für die Thüringer Kommunen gefordert

Bodo Ramelow: Wer bei sozialen Strukturen spart, vergeht sich an der Zukunft des Landes

Immer mehr Thüringer Kommunen stehen vor erheblichen finanziellen Problemen. Vor allem für Projekte und Einrichtungen, die sozial und kulturell ausgerichtet sind, die sich an Kinder und Jugendliche wenden, ist kein Geld mehr da. Was kommen wird, ist in Anbetracht des noch immer ausstehenden (defizitären) Landeshaushalts mehr als ungewiss

und sicher nur eines: Die Steuereinnahmen brechen immer weiter weg. Gemeinsam mit Bürgerinitiativen, Kommunalabgeordneten und Betroffenen hat die LINKE-Fraktion am 27. Januar vor der Bannmeile am Thüringer Landtag Alarm geschlagen. Die klammen Kommunalkassen wurden mit dem Verteilen einer dünnen Suppe versinnbildlicht und ein (roter) Schutzschirm für die Kommunen aufgespannt.

Die Landesregierung trage die Verantwortung, „jetzt wird deutlich, dass eine weitere Kürzung bei den Kommunalfinanzanzen an die Substanz geht“, hatte der Landtagsabgeordnete und Landesvorsitzende

der LINKEN, Knut Korschewsky, in der Einladung zur Aktion betont. Dass es „um mehr als die Frage geht, ob ein einzelnes Projekt weiter finanziert werden kann oder ob die Straßen-



ausbaubeiträge endlich abgeschafft werden“, hatte Bodo Ramelow auf der Kundgebung erklärt. Ein Sozialstaat müsse für die Menschen da sein, die ihn brauchen. „Wer bei der Bildung, bei den sozialen Strukturen spart, vergeht sich an

der Zukunft unseres Landes. Wenn die Gesellschaft auseinanderdividiert wird, kann soziale Verantwortung darin nicht wachsen.“

Eindrucksvoll die Rechnung, die Frank Kuschel, der Kommunalpolitiker der LINKEN, aufmachte. Wie auch im Landtag, wo die Fraktion die Kommunalnot zum Thema gemacht hatte, verwies er auf die harten Fakten. Die in den letzten zehn Jahren in Thüringen alleinverantwortliche CDU hat im Bundesrat allen Steuerrechtsänderungen zugestimmt und damit zu verantworten, dass dem Land jährlich eine Milliarde Euro fehlen. Da die Kommunen zu rund einem Viertel an den Steuereinnahmen des Landes beteiligt sind, erhalten sie jährlich 250 Millionen Euro

weniger. Unter Einbeziehung der Taschenspielertricks der Landesregierung bei der Berechnung des Finanzbedarfs summiert sich der Fehlbetrag für die Thüringer Kommunen in diesem Jahr auf 888 Millionen Euro.

Kita-Volksbegehren startet mit aller Kraft

„Die Bedenken bleiben, ob das Kita-Gesetz nicht letztlich von den Kommunen und Eltern bezahlt werden muss, wann es in Kraft tritt und wie viel von dem vorgelegten Gesetzentwurf übrig bleibt, wenn es durch die Ausschüsse ist“, so die Familienpolitikerin der LINKEN, Margit Jung, nach der Debatte im Landtag. Minister Matschie, der erklärt hatte, dass die Landesregierung die Kosten übernehmen werde, habe etwaige Erhöhungen der Elternbeiträge durch die Kommunen nicht ausgeschlossen. „Es ist fraglich, ob die Zuschüsse im kommunalen Finanzausgleich ausreichen werden, um all die anderen Aufgaben zu finanzieren, die die Kommunen übernehmen müssen oder ob dann das Geld an anderer Stelle fehlt – Geld, das sich die Kommunen dann wieder von den Eltern holen“, sagte Frau Jung. „Damit die internen Querelen, die die CDU- und die SPD-Fraktion bei der Erstellung des Gesetzentwurfes hatten, jetzt nicht wieder ausbrechen und den Gesetzentwurf völlig verwässern, müssen für das Volksbegehren ab 10. Februar mit voller Kraft Unterschriften gesammelt werden. Wir sind Teil dieses Volksbegehrens und wir werden es kräftig unterstützen“, betonte die LINKE-Politikerin.

Endlich: Erfolgreiche Wahl der Spitze des Landesrechnungshofs

„Mit der neuen Führung des Landesrechnungshofs und der Bestätigung der Vorschläge von CDU und LINKE kehrt längst überfällige Normalität ein“, sagte Bodo Ramelow nach der Wahl am 28. Januar im Thüringer Landtag. Der Fraktionschef der LINKEN begrüßte die erfolgreiche Wahl von Hans Walter-Sebastian Dette und Michael Gerstenberger. Nun sei der Rechnungshof endlich wieder voll arbeitsfähig und könne seine Kontrollfunktion

in Gänze ausüben. Zudem sei die Wahlbestätigung von Michael Gerstenberger, der von der LINKEN vorgeschlagen wurde, auch ein Zeichen, dass „man die größte Oppositionsfraktion nicht mehr ausgrenzen und ignorieren will und kann. Jetzt ist auch in Thüringen der Kalte Krieg beendet“. Ramelow verwies auf die fundierten Kenntnisse und jahrelangen Erfahrungen von Michael Gerstenberger: „Der ehemalige Landtagsabgeordnete ist ein versierter Fachmann für Finanzfragen und hat sich über alle Fraktionsgrenzen hinweg den Ruf als hervorragenden

der Haushaltsexperte erworben.“ Der neue Präsident des Rechnungshofs, Dette, bisheriger Richter am Bundesverwaltungsgericht und davor viele Jahre in leitender Position im Landtag, sei ein profunder Kenner der Rechts- und Sachmaterie, die in der Arbeit des Rechnungshofs von großer Bedeutung ist.



Bodo Ramelow, l., gratuliert Michael Gerstenberger

Couragierter Protest gegen Nazi-Aufmarsch

„Die Kenntnis des Entstehens und Erstarkens des Faschismus muss allen Demokraten Verpflichtung sein, konsequent gegen rechtsextremistische Ideen und Ideologien vorzugehen, ganz gleich in welcher Form sie auftauchen, ob im Alltag, in losen Kameradschaften oder in der NPD“, sagte Bodo Ramelow anlässlich des Holocaustgedenktag. DIE LINKE fordert, dass zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechtsextremismus innerhalb eines Landesprogramms endlich ausreichend unterstützt werden, und kritisiert auf Schärfste die Kriminalisierung des antifaschistischen Bündnisses „Dresden – Nazifrei“, das zu zivilem Protest gegen den Großaufmarsch von Neonazis am 13. Februar in Dresden aufgerufen hat.

„Koalition hat Fahrt aufgenommen“

Landtag stimmt Abschaffung der Verwaltungsgebühr an Hochschulen zu/ Kita-Gesetz eingebracht

Mit zentralen Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag von SPD und CDU befasste sich der Landtag im Januar-Plenum.

„Die Handschrift der SPD ist in der Koalition deutlich erkennbar“ - diese Einschätzung hatte SPD-Fraktionsvorsitzender Uwe Höhn bei einer Klausur der SPD-Fraktion Mitte Januar getroffen. Der Beweis wurde in der zurückliegenden Sitzung des Landtags Ende Januar geliefert: Nach einem anstrengenden Verhandlungsmarathon wurde dem Landtag der von der Koalition versprochene Gesetzentwurf für Verbesserungen in den Thüringer Kindertagesstätten (Kindertageseinrichtungsgesetz) vorgelegt. Damit wurde eines der zentralen Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag auf den Weg gebracht und ein Versprechen der SPD eingelöst, die sich in den zurückliegenden Jahren stets massiv für Verbesserungen in den Kindertagesstätten eingesetzt hatte. Es liegt nun vor allem in der Hand der Abgeordneten, wie schnell die vorgesehenen um-

fangreichen Verbesserungen in den Kindertagesstätten auf den Weg gebracht werden können. Die Koalition bekräftigte, dass die durch das Gesetz entstehenden Kosten – ca. 100 Millionen Euro pro Jahr – vollständig vom Land übernommen werden. Eine Erhöhung der Elternbeiträge sei nicht vorgesehen.

Wesentliche Neuerungen in Stichworten:

- Rechtsanspruch auf Betreuung in einer Kindertagesstätte ab dem vollendeten ersten Lebensjahr
- Verbesserung des Betreuungsschlüssels, damit Absenkung der Gruppengrößen
- fachliche Arbeit außerhalb



Nicht zum Vergnügen stapfen hier Mitglieder des SPD-Fraktionsvorstandes durch den Winterwald in Schmiedefeld. Mitte Januar fand in Suhl die Klausur der Sozialdemokraten statt. Ein Besuch im Wintersportort Schmiedefeld und Gespräche mit Politikern aus der Region standen ebenfalls auf dem Programm.

der Gruppen, Leitungstätigkeit und weitere Ausfallzeiten werden in der Personalkostenabrechnung angemessen berücksichtigt.

- bessere Betreuung von behinderten Kindern
- Erhöhung der Zuschüsse des Landes zu den Gesamtkosten pro belegtem Kita-Platz (Landespauschale).

Beschlossen wurde im Januar-Plenum die Abschaffung der umstrittenen Verwaltungsgebühr an den Thüringer Hochschulen. Diese soll zum Sommersemester greifen. Damit müssen Studenten in Thüringen künftig 50 Euro weniger pro Semester bezahlen. Wissenschafts- und Kultusminister Christoph Matschie (SPD) dazu: „Wir haben Wort gehalten. Die Attraktivität des Hochschulstandortes ist jetzt deutlich erhöht.“ Sowohl SPD-Fraktionsvorsitzender Uwe Höhn als auch sein Kollege von der CDU hatten vor dem Plenum eingeschätzt, dass die Zusammenarbeit von SPD und CDU funktioniert. „Die Koalition hat Fahrt aufgenommen“, so Uwe Höhn.

Verwaltungsgebühren abgeschafft

Peter Metz: Wahlversprechen der SPD umgesetzt

Begrüßt hat Peter Metz, hochschulpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, die Verabschiedung des novellierten Hochschulgebühren- und -entgeltgesetzes. Mit der Gesetzesnovellierung wird die von der SPD stets abgelehnte Erhebung eines Verwaltungskostenbeitrags an den Hochschulen zum Sommersemester rückgängig gemacht. „Das ist ein guter Tag für die Thüringer Studierenden“, sagte daher der Abgeordnete. Die SPD habe eines ihrer wichtigsten Wahlversprechen im Hochschulbereich umgesetzt. „Bei der Gesetzesänderung geht es nicht nur um eine finanzielle Entlastung der Studierenden, sondern auch um ein klares Signal, dass Thüringen den früher eingeschlagenen Weg in Richtung allgemeine Studiengebühren endgültig verlassen hat“, betonte Metz. In den anstehenden Haushaltsberatungen will sich der Abgeordnete dafür stark machen, dass das Land den Hochschulen die durch die Streichung der Verwaltungsgebühren bedingten Einnahmeverluste ersetzt.

UN-Konvention für Behinderte: Prüfen, ob und wo Verbesserungen nötig sind

„Bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Thüringen wollen wir keine halben Sachen. Wir werden von Anfang an mit Betroffenenverbänden sprechen und diese ins Boot holen“, verspricht Dagmar Künast, Sprecherin für Behinderte der SPD-Landtagsfraktion.

„Thüringen hat bereits jetzt eine der weitreichendsten Gesetzgebungen für Behinderte weltweit. Im Rahmen der Erstellung des Nationalen Aktionsplanes zur Umsetzung der UN-Konvention, an der sich Thüringen beteiligen wird, werden wir trotzdem für Thüringen ausloten, wo Verbesserungen nötig sind“, erläutert Künast. Dazu solle es zunächst einen umfangreichen Bericht im Rahmen der Sozialberichterstattung geben. Außerdem

werde das Behindertengleichstellungsgesetz derzeit überprüft, da das derzeit geltende Gesetz Anfang des nächsten Jahres außer Kraft tritt.

„Wir werden alle Betroffenen einbeziehen und sämtliche in Thüringen geltenden Regelungen auf den Prüfstand stellen. Wo es Chancen zur Verbesserung der Integration und Gleichstellung gibt, werden wir diese ergreifen. Dabei wird es unter anderem auch um die Stärkung des Thüringer Beauftragten für Menschen mit Behinderungen und des Landesbehindertenbeirates gehen“, kündigt Künast an. Um die Wichtigkeit dieses Themas noch einmal gegenüber der Landesregierung zu betonen, werden SPD und CDU einen entsprechenden Antrag in das Plenum im Februar einbringen.

Innenpolitiker Gentzel sieht gute Argumente für Abschaffung der Bannmeile

Gute Chancen für eine Abschaffung der Bannmeile um den Thüringer Landtag sieht SPD-Innenpolitiker Heiko Gentzel. Das sagte der Landtagsabgeordnete nach einer öffentlichen Anhörung im Innenausschuss, wo ein Gesetzentwurf der SPD-Fraktion zur geplanten Abschaffung der Bannmeile beraten worden war. Gentzel setzt darauf, dass der Gesetzentwurf nach der abschließenden Beratung des Innenausschusses im Februar auf breite Zustimmung im Landtag stößt. „Damit hätten wir einen echten Pluspunkt für mehr Demokratie in Thüringen gesammelt.“

Alle Anzuhörenden - der Staats- und Verfassungsrechtler und ehemalige Landtagsdirektor Prof. Dr. Joachim Linck; der Verantwortliche für die Sicherheit im Landtag von Schleswig-Holstein sowie der Chef des Erfur-

ter Ordnungsamtes - hätten das Anliegen der SPD-Fraktion positiv bewertet, so Gentzels Einschätzung nach der Anhörung. Demnach erscheine die Abschaffung der Bannmeile allein aus verfassungsrechtlicher Sicht geboten. Erfahrungen aus anderen Bundesländern zeigten zudem, dass auf Bannmeilen um Landtage ohne Not verzichtet werden könne. „Selbst in den Behörden, die für die Umsetzung des Versammlungsrechts zuständig sind, sieht man in der Abschaffung der Bannmeile keine Probleme“, so der Innenpolitiker.

Die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag
Geschäftsstelle
Tel.: 0361 37 72336
Fax: 0361 37 72417
www.spd-thl.de

Chancengleichheit für Thüringer Einzelhändler ermöglichen Ladenöffnung ist Thema des ersten Gesetzesentwurfes der FDP-Fraktion

Der Fraktionsvorsitzende Uwe Barth hat in der Landtagssitzung am 28. Januar den ersten Gesetzesentwurf der FDP eingebracht. Mit der Initiative zur Neuregelung des Ladenöffnungsgesetzes (ThürLadÖffG) soll Geschäften eine Wahlfreiheit eingeräumt werden, künftig an zwei Adventssonntagen öffnen zu dürfen. „Wir wollen Chancengleichheit für die Thüringer Einzelhändler gegenüber den Nachbarländern“, sagte Barth bei der Einbringung. IHK und Thüringer Einzelhandelsverband begrüßten den FDP-Vorstoß. Der Gesetzesentwurf wurde auf Antrag der FDP mit großer Mehrheit in die zuständigen Ausschüsse verwiesen.

Mit dem Gesetz möchte die FDP verhindern, dass die Thüringer noch einmal zum Weihnachtseinkauf an den letzten Adventssonntagen in die angrenzenden Bundesländer ausweichen müssen und damit Umsätze abfließen. „Die Erfahrungen der Thüringer Einzelhändler im letzten Weihnachtsgeschäft haben uns darin bestätigt, den Gesetzesentwurf unverzüglich einzureichen“, sagte Barth. Der Hauptgeschäftsführer des Thüringer Einzelhandelsverbandes

Knut Bernsen hatte bestätigt, dass die Thüringer Kunden immer länger mit ihren Weihnachtseinkäufen warteten. Die Thüringer Regelung, wonach bislang grundsätzlich lediglich der 1. Advent einer Ladenöffnung

kaufoffenen Sonntage im Jahr, nicht um eine Ausweitung der bisherigen Regelung“, stellte der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Fraktion Thomas L. Kemmerich in der Debatte noch einmal klar. Auch das jüngst ergangene Urteil des



FDP-Kreisvorsitzender Dr. Thomas Nitzsche, Fraktionsvorsitzender Uwe Barth, Goethe-Galerie-Manager Michael Holz und Einzelhandelspräsident Arnold Senft bei dem Treffen in Jena (v.l.n.r.)

berlin zugänglich ist, werde diesen Umständen nicht gerecht. Erfahrungsgemäß nutzten Kunden zum Einkauf eher den zweiten oder dritten Sonntag im Advent. „Es geht um eine andere Verteilung der vier ver-

Berliner Verfassungsgerichtes zum Berliner Ladenöffnungsgesetz (Berl-LadÖffG) stünde einer Erweiterung der Ladenöffnungsmöglichkeiten nicht entgegen. Mit dem Urteil vom 1. Dezember 2009 hatte

das Gericht lediglich die Öffnungsmöglichkeit an allen vier Adventssonntagen für unvereinbar mit dem Grundgesetz erklärt.

„Wir begrüßen den längst fälligen Vorstoß in dieser Frage außerordentlich, dass der nun von der FDP-Fraktion forciert wird - umso besser“ sagte Arnold Senft, Präsident des Thüringer Einzelhandelsverbandes in einer Runde, zu der Spitzenvertreter des Thüringer Einzelhandels mit dem Fraktionsvorsitzenden der FDP im Thüringer Landtag Uwe Barth am 14. Januar 2010 in der Jenaer Goethe-Galerie zusammenkamen. „Gerade vor dem Hintergrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage im Einzelhandel wäre die Lockerung ein wichtiges Signal“, ist auch der IHK-Hauptgeschäftsführer Gerald Grusser überzeugt. Um die Situation im Handel zu entspannen, sollte die Politik deshalb umgehend handeln. Die Initiative müsse frühzeitig ergriffen werden, da die Planung und Vorbereitung der Städte und Landkreise für die verkaufsoffenen Sonntag am Jahresende bereits begonnen habe.

Thüringen ist ein Kernland der Reformation

Anträge zur Unterstützung von Lutherdekade und Reformationsjubiläum

„Die Landesregierung hat bislang keinen Masterplan, um das Reformationsjubiläum angemessen für Thüringen zu nutzen“, kritisierte der FDP-Fraktionsvorsitzende Uwe Barth in einer Aktuellen Stunde, die auf Antrag seiner Fraktion im Rahmen des Januar-Plenums angesetzt worden war. Lediglich drei Zeilen widme der Koalitionsvertrag diesem Ereignis von Welt-rang. Der Haushaltsansatz im letzten Jahr habe bei Null gelegen. Das Anliegen müsse wie in Sachsen-Anhalt zur Chefsache gemacht werden, forderte er. „Thüringen ist Kulturland und auch tiefstes Lutherland!“ Man

müsse das Reformationsjubiläum für die Ankurbelung des Tourismus nutzen, verlangte er unter Verweis auf das große Potenzial für religiöse Reisen und die mehr als 400 Millionen Protestanten weltweit. 72 Millionen Lutheraner, von denen ein Großteil in den USA und den skandinavischen Ländern lebt, sind besonders für Reisen auf den Spuren Luthers motiviert. Ihnen müsse man Thüringen mit den zahlreichen Wirkungsstätten Luthers als ein Kernland der Reformation und attraktives Reiseziel zum Reformationsjubiläum vermitteln. Barth rief dazu auf, die Lutherdekade in Thüringen auch zu einer Debatte über Werte zu nutzen - in der Gesellschaft insgesamt und besonders in den Schulen. Zwei Anträge hat die FDP-Landtagsfraktion im Nachgang zu der Landtagssitzung eingereicht. Die Landesregierung wird aufgefordert, ein Mar-

ketingkonzept mit dem Ziel der zentralen und effizienten Bewerbung und Darstellung aller Thüringer Maßnahmen zum Reformationsjubiläum im In- und Ausland, einen Finanzplan zur Unterstützung der Projekte sowie eine Handreichung für Schulen und andere Bildungseinrichtungen über die, bis in die Gegenwart reichende kirchliche und gesellschaftliche Bedeutung des Schaffens und Persönlichkeit Martin Luthers, zu erarbeiten. Außerdem fordert die FDP von der Landesregierung eine regelmäßige Berichterstattung über Maßnahmen zur Vorbereitung der „Lutherdekade“ 2008 bis 2017. „Der Thüringer Landtag erkennt damit ausdrücklich die weltweite kirchliche, kulturelle und gesamtgesellschaftliche Bedeutung des Jubiläums und der Dekade an und unterstützt und begleitet nach Kräften die Bemühungen, die zur Würdi-

gung und zur übergreifenden Darstellung des epochalen Schaffens Luthers beitragen“, so die Antragsbegründung der FDP.



Lutherdenkmal vor der Erfurter Kaufmannskirche. Die FDP-Fraktion will, dass dem Reformator der gebührende Platz in Thüringen eingeräumt wird.

Editorial



Unsere neue bündnisgrüne Fraktion ist eingezogen und angekommen im Landtag. Kisten sind ausgepackt, Bilder aufgehängt und Pressesprecher, Fraktionsgeschäftsführerin und Referenten eingestellt. Auf unseren Fluren wird es lebhaft, bei offenen Türen wird diskutiert, sich ausgetauscht und debattiert. Eine lebhaft Diskussionskultur, dafür stehen wir hier im Landtag, im

Plenum, in den Ausschüssen und darüber hinaus. Welche Eindrücke wir in den ersten Monaten gesammelt haben? Dinosaurier-Debatten beim Klimaschutz; behäbiger Einheitsbrei in der Frage, wie geht es weiter mit Opel; Ankündigungen statt Initiativen im Bereich Erneuerbare Energien - schwarz-rot nimmt Fahrt auf, fragt sich nur in welche Richtung. Der Bildungsstreik an den Universitäten hat die Koalition wach gerüttelt, auch die Proteste des Volksbegehrens für eine bessere Familienpolitik, die jetzt wieder in eine Sammlung von Unterschriften münden, so lange das Kita-Gesetz nicht in trockenen Tüchern ist. Viel zu stemmen für uns Bündnisgrüne in der Opposition.

Wir sind da und wir sind gekommen, um zu bleiben. Dieser Landtag hat den grünen Anstrich verdient. Der pseudo-grüne Lack einiger anderer ist ganz schnell ab, wenn wir als Bündnisgrüne Initiativen hinterfragen und einbringen. Bislang gab es von uns unter anderem parlamentarische Initiativen zur Verbesserung des Klimaschutzes, zur ökologischen Zukunft von Opel und zur Mitbestimmung von SchülerInnen und Studierenden. Auf viele lebhaft Debatten in Zukunft freuen wird uns. Denn eins ist klar, in den kommenden Monaten packen wir erst richtig aus mit grünen Ideen für eine bessere Zukunft für unsere Kinder und Kindeskinde.

Herzlichst,
Anja Siegesmund,
Fraktionsvorsitzende

Unsere parlamentarischen Initiativen im Januar-Plenum

Anträge:

- Mitbestimmung von Studierenden und Schülerinnen und Schülern
- Frauenquote für Aufsichtsräte börsennotierter Aktiengesellschaften einführen
- Thüringens Landwirtschaft muss gentechnikfrei bleiben
- Landtagsbeschlüsse auf Klimaschutz ausrichten

Aktuelle Stunde:

- Strafprozessuale und präventiv-polizeiliche Telefonüberwachung in Thüringen – Praxis zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger

Wir in Thüringen - Von Nord bis Süd, von Ost bis West erreichbar

Unsere Grünen Abgeordneten sind in ganz Thüringen in Wahlkreisbüros erreichbar. In den letzten Monaten sind die meisten dieser Büros gerade erst eröffnet worden. Sie sind der richtige Ort für Sorgen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger, aber auch für zukunftsweisende und sozial-ökologische Ideen. Wir Abgeordneten wollen für die Menschen da sein, die wir vertreten. Und wir freuen uns auf offene Gespräche, die dann vielleicht auch politische Initiativen anstoßen können...



v.l.n.r., Astrid Rothe-Beinlich, Dr. Frank Augsten, Anja Siegesmund, Dirk Adams, Jennifer Schubert, Carsten Meyer

...in Altenburg

(Anja Siegesmund)
Maja Quaas
Weibermarkt 12
Tel.: 03447-515792
Fax: 03447-515793

...in Apolda

(Frank Augsten)
Janet Lutz
Käthe Kollwitz-Straße 7
Tel.: 0176 / 96 47 18 81

...in Erfurt

(Astrid Rothe-Beinlich)
Stefanie Dolling
Lutherstr. 5
Tel.: 0361 / 57 65 05 4
Fax: 0361 / 57 65 05 5

...in Eisenach

(Carsten Meyer)
Michael Hoffmeier
Karlstr. 5
Tel.: 03691 6590070
Fax: 03691 6575997

...in Gera

(Astrid Rothe-Beinlich)
Wird demnächst eröffnet

...in Jena

(Jennifer Schubert und Anja Siegesmund)
Nicole Nerger / Sten Lindner
Schillergäßchen 5
Tel.: 03641/6369366
Fax.: 03641/420270

...in Meiningen

(Jennifer Schubert)
Alexander Keiner
Burggasse 3
Tel.: 03693 478954
Mobil: 0176 / 24 69 78 10

...in Nordhausen

(Dirk Adams)
Norbert Sondermann
Altendorf 1
(Mecklenburgs Hof)
Mobil: 0160 / 97 39 21 74

...in Saalfeld

(Dr. Frank Augsten)
Susanne Bätz
Saalestr. 36
Mobil: 0177 / 52 23 68 5

...in Weimar

(Carsten Meyer)
Andreas Leps
Burgplatz 5
Tel.: 03643 / 49 43 99
Fax: 03643 / 49 36 89

**Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Thüringer Landtag**
Pressestelle
Tel.: 0361 37 72666
Fax: 0361 37 72665

Die Landesbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte
des Freistaats Thüringen
Tel.: 0361 37 71871
Fax: 0361 37 71872
E-Mail:
buergerbeauftragte@landtag.
thueringen.de
www.bueb.thueringen.de

Die Landesbeauftragte für die
Unterlagen des
Staatssicherheitsdienstes der
ehemaligen DDR
Tel.: 0361 37 71951
Fax: 0361 37 71952
E-Mail:
tlstu@t-online.de
www.thueringen.de/tlstu

Der Landesbeauftragte für den
Datenschutz
Tel.: 0361 37 71900
Fax: 0361 37 71904
E-Mail:
poststelle@datenschutz.thueringen.de
www.thueringen.de/datenschutz

Hinweise zur Bestellung des Landtagskuriers

Der Landtagskurier erscheint
monatlich in Form eines
Newsletters.

Der Bezug ist kostenfrei
sowohl über den Postweg als
auch über E-Mail möglich.

Wenn Sie den Landtagskurier
bestellen möchten, schreiben
Sie uns eine E-Mail an:

Pressestelle@Landtag.Thueringen.de

Tel.: 0361 37 72006
Fax: 0361 37 72004



www.thueringer-landtag.de

Die Bürgerbeauftragte

Das Europäische Ombudsmann-Institut (EOI)

Die diesjährige ordentliche
Generalversammlung des EOI
fand am 5. Oktober 2009 in
Florenz statt.



Die Generalversammlung war
verbunden mit einer Arbeits-
tagung zum Thema öffentliche

Petitionen. Der Europäische
Bürgerbeauftragte, Prof. Dr.
Nikiforos Diamandouros, ging
in seinem Grußwort auf die
Bedeutung des
Erfahrungsaus-
tausches und
eines effizien-
ten Netzwerkes
der Zusammen-
arbeit von Om-
budsmann-Ein-
richtungen auf
lokaler, regiona-
ler und interna-
tionaler Ebene
ein.

Auf der General-
versammlung des EOI fanden
u. a. Wahlen zu den Gremien
statt. Der Bürgerbeauftragte

des Landes Rheinland-Pfalz,
Herr Ullrich Galle, wurde für
zwei weitere Jahre zum Präsi-
denten des EOI gewählt.

Dem EOI gehören gegenwärtig
nahezu alle Ombudsmann-
Institutionen in Europa an, so
auch die Bürgerbeauftragte
des Freistaats Thüringen.

Das EOI ist ein Verein mit Sitz
in Innsbruck, der österreichi-
schem Recht unterliegt. Der
Zweck des Vereins ist eine un-
abhängige, gemeinnützige
Vereinigung, die der Verbrei-
tung und Förderung der Om-
budsmann-Idee dient. Die Ar-
beit des EOI soll weiter u. a. die
wissenschaftliche Behandlung
und Forschung auf dem Gebiet
von Menschenrechts-, Bürger-
schutz- und Ombudsmann-
Fragen fördern.

Die Beauftragte für die Stasiunterlagen

Opferrente gleichzeitig mit Rehabilitierung beantragen!

Ehemalige politische Häft-
linge, die jetzt erst ihre straf-
rechtliche Rehabilitierung und
die Opferrente beantragen,
können hoffen, dass ihnen in
Zukunft durch lange Verfah-
rensdauer kein Nachteil mehr
entsteht.

Das Thüringer Oberlandesge-
richt (OLG) hat am 09.12.2009
festgestellt, dass die Opferrente
bereits beantragt werden kann,
wenn der strafrechtliche Reha-
bilitierungsbeschluss noch
nicht ergangen ist. Rehabilitie-
rung und Opferrente können

jetzt also gleichzeitig beantragt
werden. Die Auszahlung kann
dann nach der Rehabilitierung
rückwirkend zum Monat nach
der Antragstellung erfolgen.

„Wer zwar die Rehabilitierung,
bisher aber noch nicht die Op-
ferrente beantragt hat, sollte
dies nun schnell nachholen“
sagt Thomas Heinemann, der
Berater bei der Landesbeauf-
tragten für die Stasiunterlagen.

Die Entscheidung des Thürin-
ger OLG ist allerdings noch
nicht rechtskräftig. Da sie von

der anderer OLG abweicht,
darf das Thüringer OLG in der
Sache nicht abschließend ent-
scheiden. Es musste die Sache
dem Bundesgerichtshof zur
Entscheidung vorlegen. Diese
bleibt nunmehr abzuwarten.
„Bis dahin rate ich allen Betrof-
fenen, gegen Entscheidungen,
die bei verspäteter Vorlage
der gerichtlichen Rehabilitie-
rungsentscheidung die Zah-
lung nicht ab dem Zeitpunkt
der Antragstellung vorsehen,
unbedingt Rechtsmittel einzu-
legen.“ rät Heinemann.

Der Datenschutzbeauftragte

Der elektronische Entgeltnachweis (ELENA)

Mit ELENA – vormalis JobCard II –
will die Bundesregierung ab
2012 die Bearbeitung von Anträ-
gen auf Sozialleistungen für alle
Beteiligten (Antragsteller, Ar-
beitgeber, Sozialbehörden) effi-
zienter gestalten. Bis 2013 sollen
alle geeigneten Entgeltbeschei-
nigungen des Sozialrechts und
bis 2015 ggf. weitere Nachweise,
etwa zur Prozesskostenhilfe, in
ELENA eingearbeitet werden.
ELENA beruht auf einer bei der
Rentenversicherung Bund be-
triebenen Datensammlung zu
ca. 40 Millionen abhängig Be-
schäftigten.

Zum Aufbau der o. g. Datenbank
haben die Arbeitgeber seit dem
01.01.2010 nach dem im März
2009 in Kraft getretenen ELENA-

Verfahrensgesetz Entgeltdaten
zu liefern. Wie jüngst bekannt
wurde, sollten auch die Betei-
ligung an Streiks und Daten zu
Abmahnungen gemeldet wer-
den. Nachdem auf die Streikda-
ten aufgrund verständlicher
Kritik wohl verzichtet werden
wird, steht derzeit die Rechtmä-
ßigkeit der Abmahnungsdaten
im Zusammenhang mit der zu
schaffenden ELENA-Datensatz-
verordnung auf dem Prüfstand.
Einige datenschutzrechtliche
Forderungen wurden realisiert.
So dürfen die verschlüsselt unter
einem Pseudonym gespeicher-
ten Daten nur unter Mitwirkung
der Betroffenen entschlüsselt
werden, denen ein gesetzliches
Recht auf Auskunft zu den über

sie gespeicherten Daten garan-
tiert wird. Eine Entschlüsselung
ohne die Signaturkarte des Be-
troffenen darf nur in klar defi-
nierten Ausnahmefällen durch
eine unabhängige Treuhänder-
stelle, den Bundesbeauftragten
für den Datenschutz und die
Informationsfreiheit, erfolgen.
Auch sind die technischen Kom-
ponenten durch eine unabhän-
gige Stelle zu zertifizieren und
die abrufenden Stellen durch
ein förmliches Verfahren zuzu-
lassen. Die Grundsatzfrage, ob
es sich bei dieser gigantischen
Datensammlung um eine un-
zulässige Vorratsdatenspeiche-
rung handelt, wird wahrschein-
lich wieder einmal das BVerfG in
Karlsruhe zu klären haben.